

Parlament sagt Ja zu roten Zahlen

LYSS Die finanzpolitischen Aussichten der Gemeinde sind zupenduster. Bis ins Jahr 2010 soll der Bilanzfehlbetrag gemäss den aktuellen Prognosen auf über acht Millionen Franken anwachsen. Dennoch hat das Gemeindepapament gestern Abend mit 24 Ja zu 11 Nein den überarbeiteten Finanzplan genehmigt. Mit Ja stimmten die Parlamentarier von FDP, SVP, Vereinigung für Gemeindepolitik (VGP) und EVP. Mit Nein votierten die Sozialdemokraten.

Auch die Befürworter des überarbeiteten Finanzplans machten aber deutlich, dass sie sich mit den roten Zahlen nicht abfinden wollen. So verknüpften die Freisinnigen ihr Ja explizit mit einem Auftrag an den Gemeinderat, der vergangene Wochenende neu gewählt wurde. «Bis ins Jahr 2010 darf der Bilanzfehlbetrag höchstens auf zwei Millionen Franken anwachsen», sagte FDP-Sprecher Markus Irniger. Das bedeutet: Jahr für Jahr muss die Gemeinde einen Betrag von über einer Million Franken sparen – oder die Einnahmen mittels Steuererhöhung vergrössern. Bereits im kommenden Frühjahr will das Parlament nun über Details eines allfälligen Sparpakets informiert werden. (rr)

KURZ

Grünes Licht für den Ausbau des Altersheims

VECHIGEN Das Wohn- und Pflegeheim Utzigen will seinen Betrieb mit Alterswohnungen erweitern. Die baurechtlichen Änderungen hat die Gemeindeversammlung klar gutgeheissen. Ursprünglich waren für das betreute Wohnen Terrassenbauten vorgesehen, nun sind drei Geschosse plus Attika erlaubt. Der Antrag, die Gebäudehöhe auf drei Geschosse zu beschränken, wurde an der Versammlung mit 140 gegen 47 Stimmen abgelehnt. (wal)

Hausärzte neu erreichbar

AMT FRAUBRUNNEN Ab Jahresbeginn 2006 wird der Notfalldienst der Hausärzte in der Umgebung von Utzenstorf und Kirchberg zusammengeschlossen und neu organisiert. Für die Bevölkerung in der Region Bätterkinden, Utzenstorf, Koppigen, Wynigen, Kirchberg und Lyssach gilt neu die Notfallnummer 0900 000 321. Ein Anruf kostet 2 Franken pro Minute. (pd)

Zwei Wehrdienste spannen zusammen

GROSSAFFOLTERN Künftig arbeiten die beiden Feuerwehren von Grossaffoltern (Amt Aarberg) und Wengi (Amt Büren) zusammen. Die Gemeindeversammlung von Grossaffoltern hat den Gemeinderat dazu ermächtigt, den entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen. (rr)



Vom Religionsunterricht sind islamische Mädchen mit Kopftüchern – wie hier im Bild aus Deutschland – dispensiert. ANDREE KAISER/CARO

Mädchen darf Kopftuch tragen

Die Schulkommission in Stettlen tat sich jedoch schwer mit dem Entscheid

Die «Kopftuchfrage» hat Stettlen erreicht. In der Schulkommission schieden sich die Geister. Das Gesuch eines muslimischen Mädchens zum Tragen eines Kopftuchs wurde knapp bewilligt. In Ostermündigen und Bern suchen die Schulen den Dialog mit den Familien und entscheiden meist im Sinne der Eltern.

SIMON WÄLTI

Das Mädchen geht im Schulhaus an der Bernstrasse in Stettlen in die 3. Klasse. Sie ist islamischen Glaubens, trägt ein Kopftuch und ist vom Schwimm- und Religionsunterricht sowie teilweise vom Turnunterricht befreit. Auch an Schulagern wird sie nicht teilnehmen. «Es war der erste und bisher einzige Fall», sagt Christian Haas, der Präsident der Schulkommission, «und hat uns länger beschäftigt.» Es gab drei Gespräche mit den Eltern, die aus Libyen stammen und noch zwei weitere, nicht schulpflichtige Kinder haben.

Der Entscheid war innerhalb der Schulkommission umstritten und fiel knapp für das Kopftuch und die teilweise Dispensation

aus. Haas sagt offen, dass er selber Mühe mit dem Entscheid habe. «Wir wollen die Leute integrieren, doch warum wollen sie sich abgrenzen?» Das Gesuch der «sehr religiösen» Familie wurde vorerst für ein Schuljahr bewilligt, für das nächste muss ein neues Gesuch eingereicht werden. Im Gespräch mit dem Mädchen sei er zum Schluss gekommen, dass es das Kopftuch auf eigenen Wunsch und nicht auf Druck der Eltern tragen wolle. Ausserdem konnten die Eltern versichern, dass das Mädchen in Köniz einen islamischen Schwimmunterricht besucht.

«Leuchtet den Kindern ein»

Susi Boeglin ist im Elternrat und hat eine Tochter, welche die selbe Klasse besucht wie das Mädchen. Sie hat den Eindruck, dass es für die anderen Kinder kein Problem ist, wenn das Mädchen ein Kopftuch trägt und nicht bei allen Unterrichtslektionen dabei ist. «Es leuchtet den Kindern ein und auch die anderen Eltern haben, so viel ich weiss, damit keine Schwierigkeiten.» Hitzige Stammtischdiskussionen scheint es in Stettlen nicht gegeben zu haben.

Kein Problem in Ostermündigen

In anderen Gemeinden, wo der Anteil der muslimischen Bevölke-

rung höher ist, steuern die Behörden einen pragmatischen Kurs. Ostermündigen hat in der Volksschule einen Ausländeranteil von 37 Prozent. In der Schule Möli sind es zwei Schwestern – Kinder eines iranischen Botschaftsangehörigen –, die ein Kopftuch tragen. «Die Mädchen turnen auch mit dem Kopftuch», sagt Schulleiter Martin Frei. In vereinzelt Fällen sei es auch schon vorgekommen, dass man Schülerinnen vom Sexualkundeunterricht befreit habe. Insgesamt gebe es aber eine grössere Anzahl von Kindern islamischen Glaubens, die ganz normal am Unterricht teilnahmen. Für Frei ist eine generelle Regelung deshalb unnötig. Auch Gemeinderat Thomas Iten sieht keinen Handlungsbedarf: «Wir hatten noch nie Probleme, die Frage Kopftuch ja oder nein ist beim Thema Integration nur ein Nebenaspekt.»

Stadt Bern setzt auf Dialog

In Bern hält man sich an die Empfehlungen der Erziehungsdirektion des Kantons Bern. Diese hatte in einer Antwort auf eine Interpellation im Grossen Rat im letzten Jahr festgehalten, dass religiöse Fragen mit Toleranz angegangen werden sollten. Das Tragen eines Kopftuchs falle unter die Religionsfreiheit. Werner Krebs, Lei-

ter des Schulamts in Bern, ist der Ansicht, dass die Schulen autonom und pragmatisch entscheiden sollen. Schuldirektorin Edith Olibet setzt auf Gespräche und Verständnis. «Im Dialog zwischen Lehrkraft und Eltern kann fast immer eine Lösung gefunden werden», so Olibet. Man habe mit dieser unbürokratischen Haltung gute Erfahrungen gemacht. «Es ist mir kein Fall bekannt, bei dem es zu Schwierigkeiten gekommen wäre.» Die Schuldirektion erhebt keine Zahlen: So ist nicht bekannt, wie viele Kopftuchträgerinnen es an Berns Schulen gibt.

Hänseleien kommen vor

Christian Haas aus Stettlen dagegen vermisst eine einheitliche Regelung. Seiner Meinung nach ist die «Kopftuchfrage» nicht «sauber» gelöst. Haas findet die heutige Praxis «gummig». Die Schule biete ein gemeinsames Programm an und da könne nicht einfach jeder machen, was er wolle. «Da täten mir auch die Lehrer leid, die immer Rücksicht nehmen müssten.» Haas erzählt auch, dass das neunjährige Mädchen aus Stettlen wegen seiner Kleidung schon gehänselt worden sei. «Wir verlangen Respekt von den Schülern, aber jeden doofen Spruch können wir leider nicht verhindern.»

Debatte über Aussenschulen

WORB Mit einem herzhaften «Bitte» warb der zuständige Gemeinderat Ernst Hauser (svp) gestern Abend im Parlament für die Sanierung des über 50-jährigen Schulhauses Enggistein. 750 000 Franken sollte dieses Bauvorhaben die Gemeinde kosten. Doch das Parlament liess sich von Hausers Bitte nicht erweichen: Es wies den Antrag des Gemeinderates mit 24 gegen 14 Stimmen deutlich zurück. Stattdessen verlangte es eine Standsatzdebatte über die Zukunft der Aussenschulen.

Es sei nicht verantwortbar, einen solch hohen Kredit zu sprechen, wo doch die Schülerzahlen in den Aussenbezirken sinkend seien und die Zukunft der Schule unsicher sei, sagte Sibylle Flentje (gfl) im Namen der Geschäftsprüfungskommission. Die Gemeinde Worb könne sich bezüglich der Aussenschulen nicht länger um einen politischen Entscheid drücken. Eine bildungspolitische Grundsatzdiskussion zu den Aussenschulen wünschten sich auch die Votanten der FDP und der SP. Als einzige Partei sprach sich die SVP für die Sanierung des Schulhauses Enggistein aus. Es sei «höchste Zeit», dass im Enggisteiner Schulhaus endlich etwas gehe, sagte Bruno Wermuth. Das Schulhaus habe eine wichtige Bedeutung für den Aussenbezirk. Es sei jetzt an der Gemeinde, endlich etwas für Enggistein zu tun.

Der Ball liegt nun beim Gemeinderat. Er muss ein Bildungskonzept ausarbeiten, über welches das Worber Gemeindepapament später befinden wird. (car)

KURZ

Ja zur Steuersenkung

MOOSSEEDORF Der Steuerfuss sinkt im kommenden Jahr auf 1,54 Einheiten. Die Gemeindeversammlung hat die Steuersenkung um 0,11 Einheiten gutgeheissen. Das Moosseedorfer Budget 2006 sieht bei Ausgaben von 13,3 Millionen Franken einen Gewinn von 0,14 Millionen Franken vor. (rr)

Ja zur regionalen Jugendarbeit

MOOSSEEDORF Künftig arbeitet Moosseedorf in der Jugendarbeit mit den Gemeinden Urtenen-Schönbühl und Jegenstorf zusammen. Ein entsprechendes Vertragswerk wurde an der Gemeindeversammlung klar genehmigt. Die Vorteile der Zusammenarbeit lägen in der besseren Vernetzung wie auch in der Nutzung von Synergien bei der Durchführung von gemeinsamen Projekten, hiess es an der Versammlung. Es wurden aber auch Stimmen laut, die vor einer Schwächung der Moosseedorfer Jugendarbeit warnten. (rr)

Überall in der Schweiz soll gelacht werden dürfen

Schneller surfen – nicht nur in den Städten



Bestimmt haben Sie schon mal Ihre Telefonrechnung von heute mit einer von vor zehn Jahren verglichen. Ganz zufrieden haben Sie feststellen dürfen: Die Preise sind massiv gesunken. Und bei verweilendem Blick zurück wird bald augenfällig: Auch der Service ist besser geworden, die Effizienz grösser, die Innovation erstaunlich.

Für solcherlei Fortschritt gibt es ein Zauberwort: Wettbewerb. Seit Ende der 90er-Jahre der Bundesrat und das Parlament auf dem bisher monopolgeschützten Markt der Festnetztelefonie Wettbewerb ermöglichten, konnte der Kunde profitieren und sich freuen.

Bald soll Gleiches auch für die Datenübermittlung im Internet gelten.

Unsere Politiker wissen, dass wir in der Schweiz bis zu zehnmal langsamer im Internet surfen als beispielsweise unsere Nachbarn in Frankreich – und dennoch mehr bezahlen. Jetzt wollen sie echten Wettbewerb für ADSL – schnellen und unkomplizierten Zugang ins Internet – einrichten. Damit die technologiefreundliche Schweiz einen Ruck in die Moderne machen kann. Aber leider steckt auch hier der Teufel im Detail.

Ausgerechnet bei der schnellen Datenübermittlung für die Randregionen harzt es noch im neuen Gesetz. Damit Wettbewerb und tiefere Preise für ADSL nicht nur in Städte kommen, braucht es eine sinnvolle Zusammenschaltung aller Netze. Sonst gibt es in vielen Haushalten auch weiterhin nur

ein ADSL-Monopol der Swisscom – mit hohen Rechnungen, wie zu Zeiten des Telefonmonopols.

Das würde bedeuten: Nur wer in stadtnahen Gegenden geschäftet oder wohnt, soll an die moderne Schweiz angeschlossen werden – eine offenkundige Benachteiligung von Unternehmen und Haushalten in den Randregionen. Röstigraben in der Schweiz? Nein, bald ein Datengraben.

Hoffen wir, dass man in Bern die Randregionen nicht vergisst.

